

**GRUSSWORT von
Andreas Larem (MdB und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages)
FÜR DIE FRIEDENSMAHNWACHE FREITAG, 27.03.2022, 18:00 Uhr Marktplatz Dieburg**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der grundlose und ungerechtfertigte Angriff Putins auf die Ukraine verursacht enormes Leid und einen tragischen Verlust an Menschenleben, unter anderem durch die zunehmend willkürliche Bombardierung und den Beschuss von Zivilistinnen und Zivilisten in Schulen, Häusern und Krankenhäusern. Wir stehen weiterhin fest entschlossen an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer, die auf beeindruckende Weise Widerstand gegen die militärische Aggression des russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinen Angriffskrieg gegen ihren souveränen Staat leisten.

Präsident Putin und sein Regime müssen für diesen ungerechtfertigten und grundlosen Krieg zur Verantwortung gezogen werden. Bereits jetzt ist Russland in der Welt weitgehend isoliert. Wir fordern Präsident Putin und sein Regime auf, seinen laufenden Angriff auf die Ukraine unverzüglich einzustellen und seine Streitkräfte aus der Ukraine abzuziehen. Wir stehen solidarisch an der Seite derer, die mutig Widerstand gegen die Invasion in der Ukraine leisten.

Wir rufen Russland nachdrücklich auf, sicheren und ungehinderten humanitären Zugang zu den Opfern seines Angriffs in der Ukraine zu gewährleisten und den Zivilistinnen und Zivilisten, die ihr Zuhause verlassen müssen, sichere Fluchtwege zu gewährleisten. Den Flüchtenden aus der Ukraine muss humanitäre, medizinische und finanzielle Unterstützung geleistet werden. Die breite Solidarität innerhalb der Europäischen Union und darüber hinaus mit den geflüchteten Menschen ist eindrucksvoll. Auch in Deutschland engagieren sich viele Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich in beeindruckender Weise. Dafür gilt ihnen unser Dank.

Seit Präsident Putin die Invasion der Ukraine durch die Russischen Föderation am 24. Februar begonnen hat, hat die internationale Gemeinschaft umfangreiche restriktive Maßnahmen verhängt, die Russlands Wirtschafts- und Finanzsystem schwer beeinträchtigen. Wir haben gemeinsam wichtige russischen Banken vom globalen Finanzsystem isoliert; die Fähigkeit der russischen Zentralbank, ihre Devisenreserven zu nutzen, geschwächt; weitreichende Ausfuhrverbote und -kontrollen verhängt, wodurch Russland von internationalen Spitzentechnologien abgeschnitten ist; und die Architekten dieses Krieges ins Visier genommen, konkret den russischen Präsidenten Wladimir Putin und seine Komplizen sowie das Lukaschenko-Regime in Belarus. Wir sind nach wie vor entschlossen, weitere Maßnahmen im Rahmen unserer fortlaufenden Reaktion zu ergreifen.

Wir werden unsere Anstrengungen intensivieren, unsere Abhängigkeit von russischer Energie zu verringern. Dabei werden wir gleichzeitig dafür Sorge tragen, dass dies geordnet und auf eine Weise erfolgt, die uns die erforderliche Zeit gibt, eine alternative und nachhaltige Versorgung sicherzustellen. Zugleich werden wir unsere Fähigkeiten zur Landes- und Bündnisverteidigung verbessern, um unsere Resilienz zu stärken und gegen Bedrohungen von außen besser gewappnet zu sein.

Wir sind solidarisch mit den Entwicklungs- und Schwellenländern, die ungerechterweise die Kosten tragen und die Auswirkungen dieses Kriegs erdulden müssen, für den Präsident Putin die alleinige Verantwortung trägt. Wir arbeiten daran, die Stabilität der Energiemärkte sowie die Lebensmittelsicherheit weltweit aufrechtzuerhalten, gerade auch vor dem Hintergrund, dass die diesjährige Ernte in der Ukraine aufgrund des Krieges in höchstem Maße gefährdet ist.

Wir werden weiterhin einen zweigleisigen Ansatz verfolgen: Aufrechterhaltung und - falls erforderlich – Ausweitung der Sanktionen auf der einen Seite bei gleichzeitiger Fortsetzung des Dialogs mit der russischen Führung auf der anderen Seite. Bundeskanzler Olaf Scholz hat seit Beginn des Krieges mehrfach mit Wladimir Putin telefoniert und ihn aufgefordert, den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine und damit das dadurch verursachte Leid von Millionen Menschen zu beenden. Darüber hinaus steht er in dieser Frage in engem Austausch mit US- Präsident Joe Biden, dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron und weiteren Staats – und Regierungschefs.

Unser Ziel bleibt die (Wieder-) Herstellung einer europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung, die für alle Staaten gleichermaßen Gültigkeit hat und die Unverletzbarkeit ihrer Grenzen garantiert.

Wir werden uns Gesprächen mit Russland daher auch künftig nicht verweigern. Auch in dieser extremen Lage ist es die Aufgabe der Diplomatie, Gesprächskanäle offenzuhalten. Wir stehen ein für den Frieden in Europa. Wir werden uns niemals abfinden mit Gewalt als Mittel der Politik. Wir werden uns immer starkmachen für die friedliche Lösung von Konflikten. Und wir werden nicht ruhen, bis der Frieden in Europa gesichert ist. Dabei stehen wir nicht allein, sondern zusammen mit unseren Freunden und Partnern in Europa und weltweit.